

II-400 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI.Gesetzgebungsperiode

15.2.1967

183/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Robert Weisz, Jungwirth und Genossen
 an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung,
 betreffend Einschüchterungsversuche des Staatssekretärs Soronics im
 Bundesministerium für soziale Verwaltung und Beschuldigungen gegen
 Beamte dieses Ressorts.

-.-.-.-.-

Staatssekretär Soronics hat kürzlich - bezeichnenderweise bei der Konstituierung einer ÖAAB-Betriebsgruppe - schwere unbewiesene Beschuldigungen gegen Beamte dieses Ministeriums erhoben und damit zweifellos politische Einschüchterungsversuche unternommen.

Laut einer Meldung des ÖVP-Volksblattes vom 11. Februar 1967 erklärte der Staatssekretär unter anderem:

"Der Staatssekretär nahm damit auf die Versuche einiger sozialistischer Beamter Bezug, mit Methoden einer passiven Resistenz die Arbeit der ÖVP-Ressortleitung im Sozialministerium zu behindern. In den vergangenen Monaten mußten Sozialminister Grete Rehor und Staatssekretär Soronics häufig feststellen, daß es im Sozialministerium Beamte gibt, die den ordnungsgemäßem Betrieb einzelner Abteilungen anscheinend aus politischen Gründen gefährden. Akten werden schleppend erledigt oder bleiben liegen, und die Erledigung laufender Agenden wird unter verschiedensten Vorwänden verzögert. Ob dies mit Wissen der SP-Parteizentrale geschieht, wurde bisher nicht klar."

Die unterzeichneten Abgeordneten, die alle Versuche einer politischen Einschüchterung von Beamten mit größter Entschiedenheit zurückweisen und bei einer Wiederholung solcher Vorfälle parlamentarische Konsequenzen ziehen werden, richten an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung die nachstehenden

A n f r a g e n

und ersuchen um deren möglichst rasche Beantwortung:

183/J

- 2 -

1.) Ist die Meldung des ÖVP-Volksblattes vom 11. Februar 1967 über eine Rede des Staatssekretärs Soronics bei der Gründung der ÖAAB-Betriebsgruppe im Sozialministerium richtig?

Wenn nein:

a) Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, um die Meldungen der ÖVP-Zeitung richtigzustellen?

b) Wie lautet der wahre Wortlaut der Erklärungen des Staatssekretärs?

2.) Wurde Ihnen der Text der Rede des Ihnen unterstellten und an Ihre Weisungen gebundenen Staatssekretärs vorher zur Kenntnis gebracht?

3.) Welche konkreten Fälle hatte der Herr Staatssekretär im Auge, als er von einer passiven Resistenz, welche die Arbeit der ÖVP-Ressortleitung behindern soll, und von einer Gefährdung des Betriebes einzelner Abteilungen aus politischen Gründen sprach?

4.) Welche Maßnahmen gedenken Sie in Zukunft zum Schutze der Beamten Ihres Ressorts gegen derartige Übergriffe zu unternehmen, und welche Schritte haben Sie im konkreten Falle unternommen, um die auf diese Art pauschal diskriminierte sozialistische Beamenschaft des Sozialministeriums zu rehabilitieren und ihr eine angemessene Genugtuung zu schaffen?

- . - . - . - .